

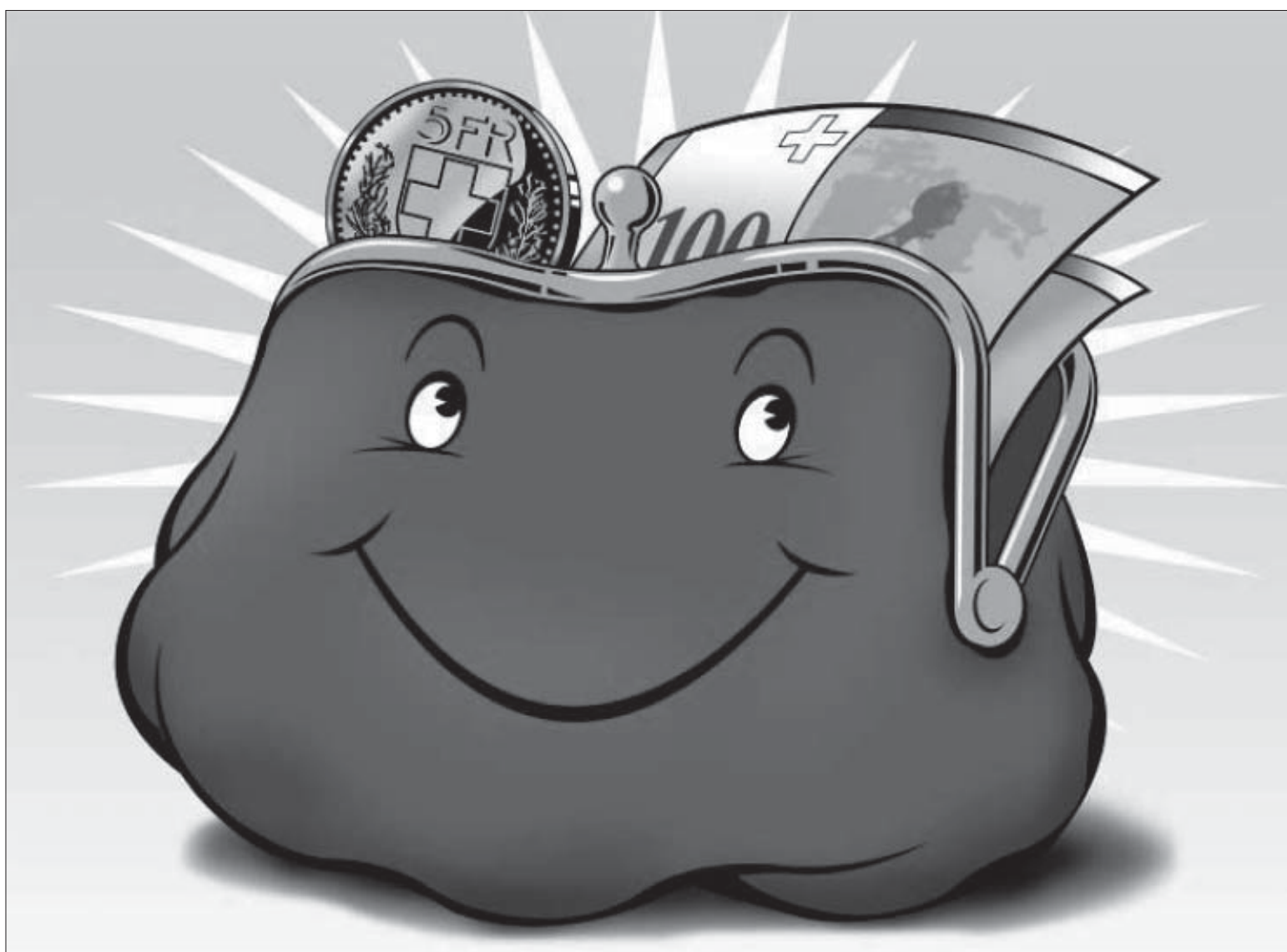
SVP

Freiwilliger Abo-Beitrag
Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

SVP**UDC****Die Zeitung des Mittelstandes**

Mehr Geld zum Leben!

Die SVP kämpft seit vielen Jahren für tiefere Steuern. Mit einem JA zum Steuer-senkungspaket, einem NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung und einem JA zur 11. AHV-Revision kann das Volk am 16. Mai die Weichen richtig stellen. **Seiten 3, 5, 7**



Risiken und Nebenwirkungen

Seite 5

Die MWSt-Erhöhung bedeutet eine massive Mehrbelastung für Wirtschaft und Staat.

Spuckende Frauen? Nein danke!

Seite 8

Nationalrätin Jasmin Hutter zum Frauenprotesttag und warum sie dort auf keinen Fall mitgemacht hätte.

Der Preisüberwacher ist überflüssig

Seite 10

Mit einer Motion verlangt die SVP-Fraktion die Aufhebung des teuren und unnötigen Preisüberwachers.



Die Armee - ein Unternehmen?

Eigenverantwortung ist die Grundlage unserer Schweizer Freiheit. Wirtschaftliche Eigenverantwortung ist das Fundament der Marktwirtschaft. Wir, die wir heute aktiv sind, haben das säkulare Ringen zwischen Demokratie und Totalitarismus, zwischen Markt- und Planwirtschaft wenigstens in der Schlussphase noch miterlebt. Unternehmertum ist ein Ausdruck der triumphierenden Eigenverantwortung. Unternehmer haben sich allerdings *auch* an Verfassung und Gesetz zu halten. Umgekehrt ist es Aufgabe der politischen Amtsträger und des Souveräns, Verfassung und Gesetze so zu entwickeln, dass eine für einen breiten Wohlstand genügende unternehmerische Freiheit besteht.

Es ist erwünscht, wenn auch in *nicht* auf den Erwerb ausgerichteten Bereichen des Lebens im unternehmerischen Sinne Haus gehalten wird. Haushälterischer Umgang mit den Ressourcen, mit Zeit und Geld, steht niemandem schlecht an. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich sehe, wie *anwendbare* Teile unternehmerischen Denkens in Armee und Verwaltung umgesetzt werden. Das heisst nun aber keineswegs, Gemeinde, Staat, Bund und Armee seien Unternehmen. Der Wille des Volkes, nicht das Gewinnstreben, gilt in politischen wie in militärischen Angelegenheiten. Dieser Wille des Volkes, der sich am grössten Nutzen der grössten Zahl von Menschen orientiert, findet gültigen Ausdruck in Gemeindeordnung, Kantonsverfassung, Bundesverfassung und in den darauf gestützten Gesetzen und Erlassen. Auf die Armee angewendet heisst dies, dass sie auf die Erfüllung der Verfassungsaufträge auszurichten ist, dass sie regionale Aspekte *mit* zu berücksichtigen hat, dass ihre Rolle als gesellschaftlicher Integrationsfaktor an Bedeutung eher zu- als abnimmt. Wer es nicht glaubt, ist schon lange nicht mehr etwas vor Einrückungstermin auf einem Bahnhof gewesen.

Ob ich Coca Cola trinke, entscheide ich immer wieder frei. Ob ich mich um eine Stelle bei Coca Cola bewerbe, ist mir überlassen. Ob ich Aktionär von Coca Cola werden will, ist meine Sache. Das Wohlergehen von Coca Cola ist Sache des Verwaltungsrates. Ob Coca Cola existiert, ist für den Bestand des demokratischen Rechtsstaates letztlich irrelevant. Die Armee dagegen wird aus den Steuergeldern aller bezahlt und aufgrund einer verfassungsmässigen Dienstpflicht mit Angehörigen versehen. Die Armee wird von der politisch verantwortlichen Behörde, dem Bundesrat, im Interesse aller geführt, damit der Bund das Machtmittel habe, das er braucht, um dem Auftrag der Verfassung gerecht zu werden. ◀

Bundesrat Samuel Schmid

Subventionswirtschaft und wieder höhere Gebühren

Mit klarer Mehrheit hat der Nationalrat – gegen die Stimmen der SVP – dem revidierten Radio- und Fernsehgesetz zugestimmt. Damit hat er sich für ein Gesetz ausgesprochen, das die Gebühren weiter ansteigen lässt und das SRG-Monopol zementiert.

Das Hauptproblem ist nach wie vor nicht gelöst: Der Leistungsauftrag für die SRG ist nicht klar definiert. Das heisst: Die SRG kann nach wie vor machen, was sie will. Und kassiert immer höhere Gebühren.

Es ist unbestritten: In Bergkantonen und Randregionen ist es schwieriger – oder teilweise geradezu unmöglich – kostendeckend Radio- und

Fernsehprogramme zu machen. Aber ist es nötig, dass jedes Bergtal über einen eigenen Radio- oder Fernsehsender verfügt? Und wie könnte man den bestehenden privaten Sendern am besten helfen? Mit Geld? Oder mit der Schaffung optimaler Wettbewerbsvoraussetzungen?

Die erste Frage ist mit Nein zu beantworten. Eine möglichst grosse Angebotsvielfalt ist

zwar anzustreben, aber die Anbieter sollten nach marktwirtschaftlichen Kriterien einigermaßen existenzfähig sein. Ausnahmen sind Programme für die sprachlichen Minderheiten (v.a. italienisch und romanisch) in der Schweiz. Die Gewährleistung dieses Angebots gehört zur Aufgabe einer staatlichen Grundversorgung.

Genauso wenig wie „Radio Virus“ oder DRS 3 zur Grundversorgung gehören, ist es aber nicht Aufgabe des Staates, verschiedenste Lokalradios zu betreiben. Es ist falsch, Sender in Rand- oder Bergkantonen unkritisch mit Geldmitteln zu fördern. Wenn man endlich mit der staatli-

chen Bürokratie und den Privilegien der SRG aufräumen würde, könnten diese Sender ihre Existenz nämlich aus eigener Kraft bestreiten. Das heisst: Statt Millionen an Gebührengeldern müsste man den besagten Stationen schlicht eine Vergrößerung ihres Sendegebietes zubilligen, genügend attraktive Frequenzen zur Verfügung stellen und die Werbung so weit wie möglich liberalisieren. Gesunde Konkurrenz und ein freies Angebot waren noch immer besser als kommunistische Planwirtschaft und Staatsmonopole. ◀

Gregor A. Rutz,
Generalsekretär



Damit sich arbeiten wieder lohnt

Um unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen, müssen wir Innovation und Fleiss wieder belohnen. Mit dem Steuersenkungspaket leitet die Schweiz die Wende zu einer Steuerpolitik ein, die diese Werte und Tugenden stärkt.

In der Volksabstimmung vom 16. Mai und in der Auseinandersetzung ums Steuersenkungspaket geht es um eine ganz grundsätzliche, für jede Gesellschaft zentrale Frage: Wie viel Steuern soll der Staat erheben? Wie weit ist es sinnvoll, die Früchte der Arbeit der Einzelnen für die Bedürfnisse des Staates zu beschlagnahmen? Was wird aus einem Staat, der einen immer grösseren Anteil der Erwerbseinkommen über Steuern einzieht? Es geht um eine ganz grundsätzliche Entscheidung zwischen zwei Modellen. Auf der einen Seite der liberale Staat, der auf die Kraft der einzelnen Bürger baut, und auf der anderen Seite der sozialistische Staat, der die Verantwortung - auch finanziell - vollständig und für alle für sich in Anspruch nimmt.

In den letzten 40 Jahren hat unser Staat einen immer grösseren Anteil des Kuchens für sich in Anspruch genommen. Er hat seine Bürger mit immer höheren Steuern, Lohnprozenten, obligatorischen Versicherungsprämien, Gebühren und Abgaben belastet. Die Einführung neuer Steuern, die Erhöhung von Steuern oder die Ausweitung der obligatorisch zu versichernden Leistungen, z.B. für Alter, Invalidität und Gesundheit, war der Normalfall. Die Abschaffung oder Senkung von Steuern blieb die Ausnahme, die die Regel bestätigt. In Zahlen ausgedrückt: Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttonationalprodukt ist von 17 % im

Jahr 1960 auf heute knapp 40 % gestiegen. Aus liberaler Sicht sind die letzten 40 Jahre als völliges Fiasko zu bezeichnen, wir steuern heute unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft kaputt.

Schweiz steigt ab

Mit der steigenden Steuerbelastung ist die Erwerbsarbeit immer unattraktiver geworden. Unser Staat bestraft heute die Tugenden,

In dieser Situation wird es immer schwieriger, die Bedürfnisse all jener zu erfüllen, die aus verschiedenen Gründen nicht für sich selber sorgen können und auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Ein Staat, der den starken Gliedern der Gesellschaft die Motivation nimmt, ihre Arbeitskraft und ihre Einsatzbereitschaft auch zu ihrem persönlichen Vorteil einzusetzen, bringt auf lange Sicht die Kraft nicht mehr auf, für die Schwachen zu sorgen.

Andere Anreize setzen

Die SVP hat eine andere Vision der Gesellschaft. Wenn wir weiterkommen wollen, wenn unser Wohlstand vermehrt werden soll, wenn die Schweiz



► Dr. Yves Bichsel, Pressesprecher SVP

schaft gewinnen wollen, müssen die steuerlichen Anreize anders gesetzt werden. Es ist kein Zufall, dass jedes Jahr Hunderte sehr gut ausgebildete, innovative und engagierte junge Leute unser Land für immer verlassen.

Mit dem Steuersenkungspaket machen wir nur einen kleinen Schritt. Aber immerhin geht er in die richtige Richtung. Bund, Kantone und Gemeinden nehmen pro Jahr rund 130 Milliarden ein. Nach Angaben der Dienste des eidgenössischen Parlaments wird das Steuersenkungspaket zu Steuerentlastungen von rund 2 Milliarden Franken führen. Die Einnahmen werden also um rund 1.5 % reduziert. Aus dieser Sicht ist die panikartige Reaktion vieler Kantonsregierungen völlig unverständlich. Es ist sehr zu bedauern, dass viele an sich bürgerliche Regierungsräte den Blick fürs Ganze verloren haben und in einer sehr engen Optik nur an ihre Kantonskasse denken. Sie dienen damit nur der Hochsteuerpolitik der Linken.

Ein JA zum Steuersenkungspaket ist ein mutiger Schritt für eine bessere Zukunft, in der wieder belohnt wird, wer sich für sich und seine nächste Umgebung, seine Familie einsetzt. Dies kommt der ganzen Gesellschaft zugute. ◀



► Weniger Kopfzerbrechen beim Steuern zahlen dank dem Steuersenkungspaket!

welche aus der armen Schweiz das reichste Land der Welt gemacht haben. Genauso wie es kein Zufall war, dass die Schweiz vom Armenhaus Europas und vom Auswanderungsland zum Land mit dem höchsten Lebensstandard wurde, ist es logisch nachvollziehbar, dass uns andere Länder heute den Rang ablaufen. Unser Staat setzt die steuerpolitischen Rahmenbedingungen so, dass der Abstieg der Schweiz unausweichlich ist.

aus dem Mittelfeld wieder an die Spitze kommen soll, müssen diejenigen Werte gefördert und belohnt werden, die unser Land stark gemacht haben: Risikofreudigkeit, Zuverlässigkeit, Beharrlichkeit, Fleiss, Sparsamkeit, Ehrlichkeit. Wir brauchen Leute, die sich nicht mit dem Durchschnitt zufrieden geben, sondern das Beste anstreben. Wenn wir diese Leute bei uns behalten und ihre Fähigkeiten zum Wohl der ganzen Gesell-



Runter mit den Steuern punkt

Seit Jahren hat die Belastung mit Steuern, Abgaben und Gebühren ständig zugenommen. Jedes Jahr haben wir damit ein Stück Standortvorteil preisgegeben und unseren Wohlstand langsam auffressen lassen. Die SVP hat deshalb immer wieder mit Nachdruck Steuer-senkungen gefordert.

Jetzt endlich sind wir mit dieser Forderung auch durchgedrungen und es liegt ein Steuerentlastungspaket vor. Das Paket verspricht ein wenig Erleichterung und ist erst ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aber schon hört man da und dort über horrenden Steuer-ausfälle klagen. Tatsache ist, dass der Schritt unbedingt notwendig ist, wenn wir in Zukunft

wieder ein Wirtschaftswachstum wollen. Nur mit tieferen Steuern werden wir zu diesem dringend benötigten Wachstum kommen und in der Konsequenz auch wieder mehr Wohlstand und damit mehr Steueraufkommen schaffen. Wer jetzt jammert, die öffentliche Hand hätte nachher nicht mehr genug Geld für ihre Aufgaben, hat die Rechnung nicht richtig gemacht. Das Steuerpaket korrigiert nur die unheilvolle Entwicklung der letzten Jahre um wenig mehr als ein Prozent. Hier von einer Katastrophe zu sprechen, ist unseriös.

Für mehr Wirtschaftswachstum braucht es aber nicht nur ein Ja zum Steuerpaket, sondern unbedingt auch ein Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Vorrat. Wir brauchen zum heutigen Zeitpunkt keine Mehrwertsteuererhöhung. Nicht zuletzt dank der Verwendung eines Teils der Goldreserven werden wir uns genügend Luft verschaffen, um auf eine solche Belastung verzichten zu können. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung würden wir fast 25 Prozent mehr Mehrwertsteuer zu berappen haben. Auf jedem Kaffee, auf jedem Bleistift, auf jeder Versicherungspolice. Wenn wir so weitermachen, haben wir bald das horrenden Mehrwertsteuerniveau der EU erreicht. Die Erhöhung träfe insbesondere die Familien und die unteren Einkommen hart.

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Kurzmeldungen

Am 14. März 2004 fanden im Kanton St. Gallen die Gesamterneuerungswahlen des Parlaments und der Regierung statt:



Erneut konnte die **SVP St. Gallen** bei den Kantonsratswahlen zulegen: Sie gewann **3 zusätzliche Sitze** und stellt nun mit **45 von total 180 Sitzen** die zweitstärkste Fraktion im Kantonalen Parlament. Obwohl die CVP 7 Sitzverluste zu verzeichnen hatte, bleibt sie mit total 55 Sitzen stärkste Fraktion.

Bei den Regierungsratswahlen erreichten nur 6 Kandidatinnen und Kandidaten auf Anhieb das absolute Mehr. Für den **zweiten Wahlgang vom 16. Mai 2004** schickt die SVP nun ihren **Spitzenkandidaten Ernst Jörin** ins Rennen. Jörin hatte den abgewählten CVP-Gesundheitsdirektor Anton Grüninger im ersten Wahlgang überrundet. SVP-Fraktionspräsident Markus Straub hingegen steht für den zweiten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung.

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **"Druck"**



Risiken und Nebenwirkungen der MWSt-Erhöhung

Bundesrat und Parlament wollen die Mehrwertsteuer um 1.8% erhöhen. Was als wenig bedeutende Mehrbelastung scheinen mag, ist in Tat und Wahrheit eine massive Erhöhung der Steuerbelastung mit grossen Auswirkungen auf Wirtschaft und Staat. Allein Kantone und Gemeinden müssten mit einer Zusatzbelastung von einer Milliarde rechnen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWSt) ist in den Medien bisher auf weniger Beachtung gestossen als die anderen Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai. Zu Unrecht, schliesslich würde unsere Volkswirtschaft über die um 1.8 % erhöhte MWSt mit rund 5 Milliarden zusätzlichen Steuern belastet. Swiss-VAT hat in einer Studie aufgezeigt, welches die Auswirkungen einer MWSt-Erhöhung sind.

Unsozial

Klar kommt zum Ausdruck, dass die MWSt eine ausgesprochen unsoziale Steuer ist. Alle Bevölkerungsschichten tragen praktisch den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens bei. Trotzdem unterstützen gerade die Linken diese Steuererhöhung. Damit werden die SP-Parolen von Gerechtigkeit und Entlastung der wirtschaftlich Schwachen als leeres Geschwätz entlarvt. Mit dieser Vorlage will die SP den Armen Geld aus der Tasche ziehen, um schlecht geführte und für Missbrauch anfällige Sozialwerke zu finanzieren.

Die MWSt-Erträge werden etwa zur Hälfte von den Konsumenten über den Endverbrauch bezahlt. Die andere Hälfte tragen der Staat sowie Branchen, die selber nicht der MWSt unterworfen sind. Dies sind insbesondere Schulen, Spitäler, Wohnungsvermieter, Banken, Versicherungen, die Forschung, Sport und Kultur. Diese Branchen müssen für die eingekauften Güter die

volle MWSt bezahlen, können sie aber nicht ihren Kunden weiterverrechnen und werden so von einer MWSt-Erhöhung voll getroffen. Die Spitäler müssten 200 Mio. mehr berappen, das private Wohnen würde um 250 Mio. verteuert, die Banken um 260 Mio. und die Versicherungen um 140 Mio. zusätzlich belastet.

Kantone massiv betroffen

Ganz massiv von einer MWSt-Erhöhung betroffen wären auch die Kantone und Gemeinden. Sie müssten bei einer Annahme der Vorlage mit Mehrkosten von knapp einer Milliarde rechnen. Führt man sich vor Augen, wie gewisse Kantonsregierungen auf das Steuersenkungspaket reagiert haben, fragt man sich, wieso sie sich bezüglich MWSt nicht engagieren. Schliesslich geht es bei beiden Vorlagen um vergleichbare Grössenordnungen.

Auch der Bund ist für den Einkauf seiner Dienstleistungen der MWSt unterworfen. Er würde mit rund 350 Millionen Franken zusätzlich belastet. Betroffen wären insbesondere Bereiche, in denen der Bezug von Gütern oder Dienstleistungen Dritter eine wichtige Rolle spielen. Genannt werden etwa der Verkehr (Strassenbau, NEAT), oder die Armee (Bau von Ausbildungsanlagen, Waffeneinkäufe) sowie departementsübergreifend die EDV und die

Infrastruktur allgemein. Durch die höhere MWSt würde sich also die Finanzkrise bei der NEAT weiter verschärfen und auch die Armee, die bereits heute grosse finanzielle Probleme hat, würde noch stärker unter Druck kommen.

Arbeitsplätze in Gefahr

Abschliessend warnt die Swiss-VAT vor einem Ausweichen der wirtschaftlichen Tätigkeit in die Schattenwirtschaft oder ins Ausland. Zahlreiche betroffene Unternehmungen werden auf die unerwünschte Steuererhöhung reagieren und nach Möglichkeiten suchen, der Zusatzbelastung auszuweichen. Der einfachste Weg ist die verstärkte Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Ebenfalls zunehmen wird das Ausweichen auf die Schattenwirtschaft und die Schwarzarbeit. Einzelnen wird möglicherweise kein anderer Weg als die Einstellung



► Nationalrat J. A. Baumann, Kreuzlingen (TG)

der wirtschaftlichen Tätigkeit übrig bleiben.

Höhere Steuern sind schlecht für die Schweiz. Sie schwächen unsere Wirtschaft und zerstören Arbeitsplätze. Deshalb kämpft die SVP für ein NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer am 16. Mai. ◀

Wer trägt die finanzielle Belastung und was sind die Nebenwirkungen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer?

SwissVAT, Zürich
Aug 03 / www.swissvat.ch

Für dumm verkauft!

In der Session zeigte sich einmal mehr, wie die Mehrheit des Parlamentes versucht, das Stimmvolk möglichst im Ungewissen zu lassen, um so die Abstimmungen vom 16. Mai negativ zu beeinflussen.

Um die Mehrwertsteuererhöhung zu erzwingen, wurden die Beratungen zur Verwendung des Nationalbankgoldes für die AHV verschoben. Um das Steuerpaket zu verhindern, sollte der Beschluss zum Ausgleich der kalten Progression ausgesetzt werden. Damit die Rechnung der Linken am 16. Mai nicht aufgeht und die Steuerbelastung nicht stetig weiter steigt, ist Überzeugungsarbeit gefordert. Die Parlamentarier der SVP-Fraktion engagieren sich deshalb an vorderster Front für zweimal Ja zu Steuerpaket und AHV-Revision und einmal Nein zum Mehrwertsteuersatz 9,4%.

Frage um Nationalbankgold offen gelassen

Zu Beginn der Session beantragte die SVP-Fraktion mit einem Ordnungsantrag, die Frage über die Verwendung der Erträge des Nationalbankgoldes noch in dieser Session zu klären. Sie machte deutlich, dass es um die Transparenz den Stimmbürgern gegenüber gehe, die über eine folgenschwere Vorlage, die markante Erhöhung der Mehrwertsteuer, zu beschliessen hätten. Der Stimmbürger müsse wissen, dass es für die Finanzierung der AHV in den nächsten Jahren im Parlament ein Konzept als Alternative zur

Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt. Da die Ratslinke das Anliegen der SVP teilt, den Erlös der Goldreserven bzw. einen Teil davon, für die AHV zu verwenden, hätte sie dem Antrag zustimmen können. Der grossen Mehrheit des Parlamentes war es jedoch wichtiger, dem Ja zu mehr Steuern einen Schritt näher zu kommen, um mehr Geld zur Umverteilung zu haben. So unterlag der Antrag der SVP auf Grund dünner Gegenargumente.

Ausgleich der kalten Progression auf gutem Weg

Die Nachricht über den stillschweigenden Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression im Falle einer Annahme des Steuerpakets und damit den faktischen Betrug am Stimmvolk löste zu recht Empörung aus. Der Bundesrat reagierte und wurde für sein dringliches Vorgehen natürlich von der Ratslinken gerügt. „Dieses dringliche Vorgehen sei der Glaubwürdigkeit der Politik in höchstem Masse abträglich“. So kann nur jemand argumentieren, der keine anderen Gründe hat als Eigeninteressen. Was könnte der Glaubwürdigkeit abträglicher sein, als in diesem Moment nicht zu handeln? Der Ausgleich fand dann auch die Mehrheit im Parlament. So ist wenigstens eine klare Grundlage für den Entscheid zum Steuerpaket geschaffen. Wer für Wirtschaftswachstum einsteht, wird ja stimmen, da mit dem Steuerpaket Geld in der Wirt-

schaft frei und mehrfach umgesetzt wird, das sonst in der Verwaltung träge umgewälzt würde.

Retorsionsmassnahmen gegen Deutschland

Für Unmut sorgte in der SVP-Fraktion in der Session mehrfach das Vorgehen Deutschlands. Nachdem schon das Verhalten bezüglich Kloten mehrfach kritisiert worden war, sah sich die Fraktion veranlasst, auch die neuen EU-Zölle und die wenig später stark ausgeweiteten Grenzkontrollen harsch zu kommentieren. Es ist an der Zeit, dass der Bundesrat reagiert und Gegenmassnahmen ergreift. Das Verhalten des Nachbarn und die Kommentare seiner Vertreter in den Medien haben mit gutnachbarschaftlichen Beziehungen nichts mehr zu tun. Es scheint den deutschen Behörden dabei noch nicht aufgefallen zu sein, dass ihre Staatsangehörigen am meisten darunter leiden. So haben die grenznahen Geschäfte in Deutschland starke Einbussen und die zahlreichen Grenzgänger, die in der Schweiz gutes Geld verdienen, werden auf dem Arbeitsweg behindert. Diese Fakten sollten vom Bundesrat auch ins Feld geführt werden, wenn es um die Vertretung der Schweizer Interessen im fernen Berlin geht.

Natürlich verwundert es nicht, dass die EU-Befürworter die Gunst der Stunde nutzen wollen und uns weismachen, das sei jetzt eben der Preis, der als Nicht-EU-Mitglied zu zahlen ist. Das Gegenteil ist richtig. Die EU zeigt in diesen Tagen ihr wahres Gesicht und die Schweiz darf sich glücklich schätzen, nicht dabei zu sein. Vielmehr müsste man sich die



► Aliko M. Panayides, stv. Generalsekretärin SVP

Frage stellen, wie hoch der Preis für weitere bilaterale Verträge sein darf. Wann ist die Grenze erreicht, bei der die Analyse von Kosten und Nutzen in Richtung Alleingang weist?

Ordnung ins UVEK

Wie in der Presse angekündigt, forderte die SVP-Fraktion mit einem Vorstoss eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Klärung der Probleme im UVEK.

Anlass für die Forderung gibt die grosse Zahl von ungeklärten Ereignissen, die in ihrer Häufung als Vorkommnis grosser Tragweite bezeichnet werden muss. Gemäss Art. 163 Abs. 1 ParlG dient das Instrument der PUK eben der Klärung solcher Vorkommnisse. Als Beispiele seien der Umgang mit den NEAT-Finzen, die verschwiegenen Mängel bei der Flugsicherheit, aber auch die falschen Behauptungen in Zusammenhang mit den verschiedenen Verhandlungen mit Deutschland, beim Land- und Luftverkehr, genannt.

Zu klären ist insbesondere das Funktionieren des Controlings und der Schnittstellen zwischen Departement und Ämtern. Zudem stellt sich die Frage nach Zeitpunkt und Art der Kommunikation. ◀

Inserat
Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



JA zur 11. AHV-Revision

Wir haben am 16. Mai die Wahl: Entweder sagen wir jetzt ja zu den relativ „moderaten“ Korrekturen beim wichtigsten Sozialwerk unseres Landes, oder wir müssen in einigen Jahren schmerzhaft Anpassungen vornehmen!

Die Altersvorsorge in unserem Land basiert auf dem so genannten Drei-Säulen-Prinzip. Die erste Säule, die AHV wird im Umlageverfahren finanziert. Das heisst, dass die aktiven Erwerbstätigen Beiträge bezahlen, die laufend der gegenwärtigen Rentnergeneration zu Gute kommen. Die zweite Säule, die berufliche Vorsorge, wird grossmehrfach von jedem Einzelnen selbst angespart. Die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vom Einkommen abgezogenen Beiträge werden einem individuellen Konto gutgeschrieben. Das so angesparte Vermögen wird beim Erreichen des Rentenalters entweder als Kapital ausbezahlt oder als Rente „verzehrt“. Die 3. Säule ist freiwilliges, steuerbevorzugtes Sparen der Erwerbsgeneration. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die AHV nach wie vor den wichtigsten Teil der Altersvorsorge darstellt und der Existenzsicherung an sich dient.

Wir werden immer älter

Da die Bevölkerung auch in der Schweiz immer älter wird, und die Zahl der Berufstätigen tendenziell eher abnimmt, verschlechtert sich das Verhältnis zwischen den AHV-Beitragspflichtigen und den AHV-Rentenbezüglern zu Ungunsten der Beitragszahler. Durch diese demografischen Verschiebungen nimmt das Verhältnis zwischen Zahlern und Rentnern von heute 3,6:1 mittelfristig auf 2:1 ab. Das

heisst, dass in nicht allzu ferner Zukunft zwei Beitragszahler für einen Rentner aufkommen müssen.

Mit der 11. AHV-Revision wird dieses zunehmende Ungleichgewicht zum Teil korrigiert, mit dem Ziel, die AHV-Renten auch für zukünftige Bezüger zu sichern. Die 11. AHV-Revision bringt also zwangsweise gezielte Sparmassnahmen!

Gleichstellung auch beim Rentenalter

Mit der Revision wird das Rentenalter der Frau an dasjenige des Mannes angepasst. Ab 2009 hat der Gesetzgeber das 65. Altersjahr als identisches Rentenalter für beide Geschlechter vorgesehen. Diese AHV-Revision schafft demzufolge den gleichen Zustand, der bei der Einführung dieses Vorsorgewerkes bestanden hat und der in den meisten Staaten Europas heute Realität ist. Zudem werden die Witwenrenten den Witwenrenten angeglichen.

Rentenalter nach Mass

Die 11. AHV-Revision bringt aber auch Verbesserungen. So wird es in Zukunft möglich sein, den Zeitpunkt des Eintritts ins Rentnerdasein den individuellen Bedürfnissen entsprechend flexibel zu gestalten. Ab dem 59. Altersjahr wird es möglich sein, mit einer gekürzten Rente in Pension zu gehen. Wer will,

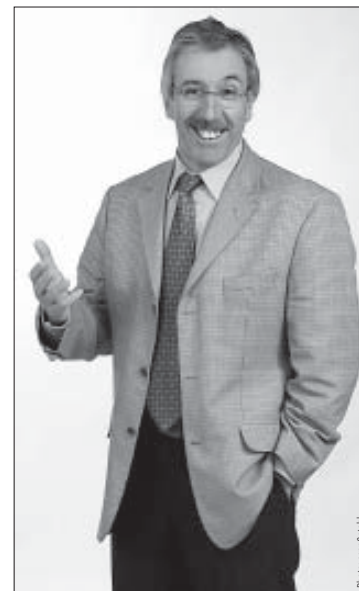
kann aber auch weiterarbeiten, in einer Vollzeitbeschäftigung oder in einer Teilzeitanstellung. Der Altersrücktritt nach Mass wird mit der 11. AHV-Revision Realität.

Solidarität zwischen alt und jung

Bei den Rentenanpassungen trägt man bezüglich der wirtschaftlichen Lage unseres Landes den Erfahrungen der vergangenen 10 Jahre Rechnung. Ab 1980, das heisst seit der 9. AHV-Revision, wurden die Renten jeweils auf der Basis des Mischindexes angepasst. Die Korrekturen erfolgten also im Gleichschritt mit der Lohn- und Preisentwicklung. Bis 1992 erfolgten die Anpassungen alle zwei Jahre, sofern die Teuerung seit der letzten Korrektur mehr als fünf Prozent betrug. Ab 1992 galt generell der Zweijahresrhythmus! Stieg die Teuerung pro Jahr um mehr als vier Prozent, so wurde die Korrektur der Renten nach oben früher vorgenommen. Neu wird die Rentenanpassung nur noch alle drei Jahre vorgenommen. Die zeitlich frühere Anpassung bei starker Teuerung wird jedoch beibehalten. Nach Ansicht der Parlamentsmehrheit ist diese Solidaritätsgeste der Rentnerinnen und Rentnern gegenüber den Beitragszahlerinnen und -zahlern zumutbar.

Goldreserven-erträge für alle

Kann nun mit der anstehenden Revision das finanzielle Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben in der AHV-Kasse ausgeglichen werden? Kurzfristig kann dies mit Sicherheit bejaht werden. Mittelfristig sind jedoch für die AHV zusätzliche finanzi-



► Nationalrat Roland Borer, Kestenholz (SO)

elle Mittel notwendig. Die SVP sieht dafür den Einsatz der Erträge aus den nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank vor. So kommen die Goldreserven der gesamten Bevölkerung zu Gute. Im Gegensatz dazu möchten die übrigen Parteien dafür eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Vorrat, was volkswirtschaftlich keinen Sinn macht.

Es ist klar, dass die 11. AHV-Revision aus dem momentanen Blick heraus nicht für alle individuelle Verbesserungen bringt. Wer jedoch die AHV als wichtigstes Sozialwerk sichern und für die nächsten Generationen erhalten will, muss bei dieser Vorlage die Interessen des Gesamtwerks vor die individuellen Interessen stellen und am 16. Mai ein Ja zur 11. AHV-Revision in die Urne legen. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif 2004 auf www.svp.ch

Wir Frauen und die SVP

Haben sie sie auch gesehen, die vielen rotgekleideten Frauen am 8. März, dem Frauenprotesttag? Und haben sie sich - wie ich - auch gefragt: Was soll das? Wir Frauen haben doch keinen Protesttag nötig! Ich fühle mich als junge Frau sehr wohl in unserer Schweiz und vor allem in unserer SVP.

Denn unsere Partei setzt sich für die wirklichen Anliegen von uns Frauen und Männern ein. Die SVP setzt sich massiv gegen den Asylmissbrauch ein und kämpft gegen die hohe Ausländerkriminalität. Wir sind die einzige Partei, die noch an unsere traditionelle Familie glaubt. Das wirkliche Anliegen von uns bürgerlichen Frauen ist es nämlich, dass wir abends wieder durch die Strassen gehen können, ohne dass wir angepöbelt werden. Wir möchten durch einen Stadtpark spazieren können, ohne dass es uns unheimlich ist oder wir gar Angst vor einer Vergewaltigung haben müssen. Und wir möchten in der Öffentlichkeit mit Stolz sagen dürfen: „Ich bin Hausfrau und Mutter.“ und nicht fast beschämt erklären müssen „Ich bin eben NUR Hausfrau und Mutter“.

Armselige Bewegung

Der Frauenprotesttag war nicht mehr als ein Protestgejaule eines kleinen Häufchens Frauen ohne Selbstbewusstsein. Nur die Medien haben das Ganze zu einer Massenbewegung heraufgejubelt. Aber, liebe Frauen und Männer: In unserer Schweiz leben über 3.5 Millionen Frauen - also etwas mehr, als jene 1000, die demonstriert haben.

Keine Quoten

Die Anliegen dieser linken Minderheit waren, mehr Frauen im Bundesrat zu haben und eine staatliche Mutterschaftsversicherung einzufüh-

ren. Meine Meinung dazu: Ich habe mich am 10. Dezember 2003 enorm über die Wahl von Bundesrat Christoph Blocher und Bundesrat Samuel Schmid gefreut. Für ein solch verantwortungsvolles Amt darf einzig die fachliche Qualifikation und sicher nicht das Geschlecht zählen. Quoten für das Parlament? Da kann ich nur lachen. Ich will doch wegen meinen Fähigkeiten gewählt werden und nicht, weil ich zufälligerweise eine Frau bin. Gerade Quotenfrauen werden das Vertrauen in die Befähigung der Frauen allgemein senken.

Wenn die linken Frauen wirklich gewollt hätten, sässen heute mindestens drei Frauen im Bundesrat. Ruth Metzler, Rita Fuhrer, Micheline Calmy-Rey und allenfalls gar Christine Beerli. Doch während die SVP bei der Besetzung des CVP-Sitzes im Bundesrat geschlossen die bürgerliche Ruth Metzler unterstützte, wurde diese von ihrer eigenen und auch von den linken Parteien zugunsten von Joseph Deiss fallen gelassen. Zudem hätten die linken Frauen im Dezember 2000 die Möglichkeit gehabt, Regierungsrätin Rita Fuhrer zur Bundesrätin zu wählen. Aber bei bürgerlichen Frauen hört die Frauensolidarität offenbar plötzlich auf...

Gegen Mutterschaftsversicherung

Das Thema Mutterschaftsversicherung ist in aller Munde. Bereits drei Mal wurde sie an einer Volksabstimmung

verworfen. Auch die neuste - und hoffentlich letzte Version - erfordert ein klares Nein. Dank dem Referendum der SVP erhält das Volk Gelegenheit, Bundesrat und Parlament einmal mehr Nein zu sagen zum Sozialausbau, zu neuen Steuern und Zwangsabgaben und zur Schaffung von Zweit-Klass-Müttern. Es darf doch nicht Aufgabe unseres Staates sein, unsere Kinder zu finanzieren. Überhaupt ist die Vorlage sehr scheinheilig. Kinder kosten nicht nur die ersten 14 Wochen ihres Lebens. Und weshalb sollen nur berufstätige Frauen Geld vom Staat erhalten? Der Staat fördert mit dieser Mutterschaftsversicherung ein Familienbild, das ich nicht unterstützen kann. Ein Familienbild, in welchem Kinder auf die Welt gesetzt werden, um sie danach in Kinderkrippen abschieben zu können.

Natürlich gibt es Frauen, die unsere Hilfe wirklich nötig haben, die durch Schicksale am Existenzminimum leben müssen. Diese Frauen brauchen uns, doch verlieren sie mit der Mutterschaftsversicherung. Und wann sprechen wir von den Frauen, die zu den Kindern schauen, sie erziehen und der Familie Sorge tragen? Diesen Frauen zolle ich grossen Respekt, denn sie entlasten unseren Staat enorm. Der Erwerbssersatz für Armeeangehörige, welcher zur Finanzierung der neuen Versicherung herangezogen werden soll, wird bereits in fünf Jahren versiegt sein. Zurück bleiben höhere Steuern, neue Lohnprozente und ein weiteres renovationsbedürftiges Sozialwerk. Ich will das



► Nationalrätin Jasmin Hutter, Altstätten (SG)

nicht. Und das Stimmvolk hoffentlich auch nicht. Im Übrigen erhalten die Mütter gemäss Obligationenrecht bereits heute während den ersten 8 Wochen nach der Niederkunft den vollen Lohn. Eine Mutterschaftsversicherung ist deshalb absolut unnötig.

Spuckende Frauen? Nein danke!

Zum Schluss noch ein persönliches Erlebnis vom Frauenprotesttag. Von einem Fernsehsender wurde ich für ein kurzes Interview mit einer kritischen Stellungnahme angefragt. Das Interview wurde live im Hauptbahnhof Zürich aufgenommen. Während des Gesprächs näherte sich uns eine rotgekleidete Frau und hörte kurz zu. Dann schrie sie mich vor laufender Kamera an, nannte mich eine dumme Kuh und spuckte mich an. Ist das unser Demokratieverständnis? Wollen wir von spuckenden Frauen repräsentiert werden? Ich nicht. Darum kämpfe ich weiter für unsere SVP-Politik und an vorderster Front gegen die ungerechte Mutterschaftsversicherung. ◀



Der freiwillige Klimarappen, ein Beitrag zur CO₂-Reduktion

Das Ziel der schweizerischen CO₂-Politik ist es, eine markante Reduktion der Emissionen zu erreichen. Kein Ziel ist es, die CO₂-Abgabe einzuführen. Mit dem Konzept eines Klimarappens wird ein zusätzlicher Weg aufgezeigt, wie die Klimaziele der Schweiz, auch im Treibstoffbereich, erreicht werden können.

Die Idee des Klimarappens besteht darin, dass die Importeure auf jeden Liter verkauften Benzins und Diesels einen freiwilligen Beitrag von einem Rappen leisten und in einen speziellen Klimafonds überführen. Die daraus entstehenden Einnahmen von jährlich rund 70 Mio. Fr. werden für Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen im In- und Ausland eingesetzt.

Sowohl das Kyoto-Protokoll wie auch das CO₂-Gesetz bieten Grundlagen zur Umsetzung des Klimarappenkonzeptes. Das 1997 verabschiedete Abkommen von Kyoto versteht sich als Ausführungsbestimmung zur Klimakonvention. Es setzt den industrialisierten Ländern der OECD und des ehemaligen Ostblocks individuelle, verbindliche Emissionsziele für eine Verpflichtungsperiode von 2008 - 2012. Die definierten Reduktionsziele beziehen sich auf CO₂-Emissionen und auf fünf weitere Treibhausgase.

Das in Kyoto festgelegte Reduktionsziel für die Schweiz beträgt mindestens 8%, bezogen auf 1990 als Basisjahr. Das schweizerische CO₂-Gesetz dagegen ist schon vor dem Kyoto-Protokoll formuliert worden und verlangt eine Reduktion von 10%.

CO₂-Reduktion im Ausland

Das Kyoto-Protokoll ist dadurch gekennzeichnet, dass es die Möglichkeit schafft, einen Teil der individuellen Re-

duktionsverpflichtung im Ausland, speziell in den Entwicklungsländern, zu erfüllen. Dahinter steht der ökonomische Gedanke, dass Klimaschutzinvestitionen dort getätigt werden sollen, wo sie die grösste Kostenwirksamkeit aufweisen. Da es sich bei der Klimaproblematik um eine globale handelt, und es deshalb keine Rolle spielt, wo Emissionen reduziert werden, wurden im Kyoto-Protokoll die so genannten flexiblen Mechanismen geschaffen.

Klimarappen statt CO₂-Abgabe

Eine Studie des Bundes hat die Auswirkungen einer CO₂-Abgabe und des Klimarappens gegenübergestellt. Dabei wurde angenommen, dass eine CO₂-Abgabe von 30 Rp. pro Liter Treibstoff notwendig wäre, um die Ziellücke im Treibstoffbereich zu schliessen. Die BUWAL-Studie kommt zum Schluss, dass das Konzept des Klimarappens

wollen. Bundesrat Leuenberger hat das BUWAL und das BFE beauftragt, zusammen mit den Initianten eine unterschriftsreife Vereinbarung über den Klimarappen zu erarbeiten. Er werde dem Bundesrat dann zwei Varianten zur Erreichung des CO₂ Reduktionsziels unterbreiten: Klimarappen auf Treibstoffen und CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen.

Das kann natürlich nicht der Sinn der Übung sein. Die freiwilligen Massnahmen zur Zielerreichung, sowohl im Brennstoff- wie auch im Treibstoffbereich, sollen dazu führen, dass auf eine CO₂-Abgabe verzichtet werden kann.



► CO₂-Abgabe: 30 Rappen pro Liter - Nein, danke!

Die Nutzung dieser flexiblen Mechanismen in der Schweiz setzt voraus, dass die Schweiz die internationalen Teilnahmebedingungen erfüllt. Im Rahmen des CO₂-Gesetzes werden die flexiblen Mechanismen unter Art. 2 Abs. 7 anerkannt. Damit können im Ausland erzielte Emissionsverminderungen zur Erfüllung des Reduktionsziels angerechnet werden.

gegenüber einer CO₂-Abgabe deutlich kostengünstiger und zieleffizienter ausfällt.

Vor kurzem hat nun der Vorsteher des UVEK, Bundesrat Moritz Leuenberger, die Befürworter des Klimarappens zu einem Gespräch empfangen. In einer anschliessenden Medienmitteilung hat er sich dazu bekannt, dem Klimarappen eine Chance geben zu

Die bestehenden und künftigen Zielvereinbarungen der Wirtschaft mit dem UVEK werden durch den Klimarappen nicht in Frage gestellt. Bewährt sich das Konzept des Klimarappens im Treibstoffbereich, ist nicht einzusehen, warum er nicht auch im Brennstoffbereich eingesetzt werden kann. Vorerst sind aber die Auswirkungen aller eingeleiteten Massnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen abzuwarten und dann zu werten.

Die Länder mit dem grösstem CO₂-Ausstoss, vorab die USA, haben bekanntlich das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet. Ob die Vereinbarung je in Kraft tritt, und mit welchem endgültigen Inhalt, ist noch offen. Unabhängig davon sind unsere Anstrengungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen richtig und sollen fortgesetzt werden. Für einen Antrag an den Bundesrat zur vorläufigen Einführung einer CO₂-Abgabe besteht jedoch kein Anlass.

Nationalrat Christian Speck, Oberkulm (AG)



Teurer Preisüberwacher ist überflüssig!

Die SVP-Bundeshausfraktion hat eine Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, die Stelle des Preisüberwachers und den dazugehörigen Mitarbeiterstab aufzuheben. Gleichzeitig ist das Preisüberwachungsgesetz zu streichen und bei Bedarf der entsprechende Verfassungsauftrag durch eine Ergänzung im Kartellgesetz sicherzustellen. Die verbleibenden Aufgaben sind der Wettbewerbskommission (Weko) zu übertragen.



► Unternehmerische Freiheit für Handel und Gewerbe braucht keinen teuren Preisüberwacher!

In der Schweiz herrscht Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV). Die heutige Wirtschafts- und vormalige Handels- und Gewerbefreiheit erfordert vom Staat die Gewährung grösstmöglicher unternehmerischer Freiheit für Handel und Gewerbe. Dies verpflichtet den Staat, von jeder unnötigen Intervention abzusehen und Selbstverantwortung wie Entscheidungsfreiheit der einzelnen Unternehmungen zu akzeptieren und zu schützen. Gleichwohl ist für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb eine gewisse minimale Rahmengesetzgebung notwendig. So erlässt der Bund, neben zahlreichen sektoriellen Wettbewerbsregulierungen (Fernmeldegesetz, Eisenbahngesetz u.v.a.), generelle Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) sowie gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche

Auswirkungen von Kartellen und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz).

Zurückhaltend konzipiertes Kartellrecht

Für Massnahmen zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung durch marktmächtige Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts berief man sich bis heute auf das Preisüberwachungsgesetz. Dieses wurde indessen in einer Zeit geschaffen, in welcher die Preise rasch und recht stark anstiegen und in welcher zur Bekämpfung dieser Entwicklung nur ein sehr zurückhaltend konzipiertes Kartellrecht zur Verfügung stand.

Notwendigkeit nicht mehr gegeben

Die Problematik missbräuchlicher Preisbildungen jedoch fällt unseres Erachtens, so weit staatliches Eingreifen hier überhaupt angezeigt ist, in den Aufgabenbereich des Kartellgesetzes. Die Notwendigkeit des Preisüberwachungsgesetzes und damit auch des Preisüberwachers selbst ist nicht (mehr) gegeben. Dessen Aufgaben sind, soweit verfassungsmässig unabdingbar, von der Wettbewerbskommission (Weko) selbst wahrzunehmen. Allfällig notwendige Ergänzungen des Kartellgesetzes wären im Rahmen einer Teilrevision vorzunehmen. Dabei sind insbesondere im Bereich der behördlich festgelegten und genehmigten Preise (SBB, Post usw.) wirksame Massnahmen ins Gesetz aufzunehmen.

Nur politisches Sprungbrett

Der Vollzug von Wettbewerbsgesetzen soll echte Wettbewerbsprobleme lösen und muss deshalb möglichst unabhängig von der Tagespolitik sein. Während aber selbst die als „unabhängig“ konzipierte Wettbewerbskommission politischen Einflüssen nicht völlig entzogen sein dürfte, ist der Posten des „Monsieur Prix“ geradezu als politische Schalt-



► Nationalrat Adrian Amstutz, Sigriswil (BE)
www.adrian-amstutz.ch

stelle für eine Einzelperson konstruiert. Das Amt des Preisüberwachers wird notorisch und mit Erfolg als „politisches Sprungbrett“ benützt. Die Erfolgsbilanz dieses steuergeldfinanzierten Karrierebeschleuniger-Posten ist denn auch eindrucklich. Während Leo Schürmann ins Nationalbankpräsidium gewählt wurde, sind Leon Schlumpf und Joseph Deiss in den Bundesrat gehisst worden. Der heutige Preisüberwacher bezieht für seine 40-Prozent Anstellung stolze 92'000.- Franken, bewältigt hierzu die Nationalratsaufgabe und führt obendrauf noch eine eigene Anwaltskanzlei. Die Frage nach einer seriösen Bewältigung dieser Mehrfachaufgaben mit entsprechenden Mehrfachentschädigungen darf sicher gestellt werden.

Der Preisüberwacher ist nicht mehr als eine unnötige Verwaltungsstelle, die vorgibt Probleme zu lösen, ohne etwas zu erreichen. Die SVP-Bundeshausfraktion ist klar der Meinung, dass dem teuren Etikettenschwindel der Riegel zu schieben ist. ◀

Neue Strategie 2004 - 2007

8. März 2004, Internationaler Frauentag! Während linke Frauen auf der Strasse demonstrierten, trafen sich die SVP Frauen Kanton Bern zur Delegiertenversammlung.

Die Wahl des Datums war ein Zufall, oder vielleicht ein Glücksfall? Auf alle Fälle konnte die Präsidentin Monika Keller eine grosse Anzahl engagierter Frauen in der Burgerstube in Bern zur Delegiertenversammlung begrüßen.

Im Zentrum stand das Traktandum „Neue Strategie 2004 – 2007“. Jolanda Brunner präsentierte die zur Auswahl stehenden 3 Varianten: Beibehaltung der aktuellen Strukturen und Prozesse; Auflösung der SVP-Frauen Kanton Bern; Optimierung der Strukturen und Prozesse. Die vorberatende Kommission favorisierte Variante 3 und hatte eine Arbeitsgruppe ein ent-

sprechendes Modell ausarbeiten lassen. Diese Arbeiten wurden der DV zur Diskussion vorgelegt.

Netzwerk und Steuergruppe

Zukünftig sollen die interessierten SVP - Frauen das SVP-Frauen-Netzwerk bilden, das durch eine Steuergruppe im Rang einer Fachkommission im Auftrag der Kantonalpartei geführt wird. Die Steuergruppe besteht mindestens aus drei Frauen, davon mindestens eine Grossrätin. Der Geschäftsführer ist von Amtes wegen Mitglied. Weitere Personen werden ad hoc beigezogen. Die SVP-Frauen

werden eingeladen, sich für die „Netzwerk-Mitgliedschaft“ anzumelden.

Die Anwesenden stimmten mit grossem Mehr der Reorganisation zu. In die Steuerungsgruppe gewählt wurden: Monika Keller, Marlène Geiser, Therese Meister, Jolanda Brunner, Rita Gyax, Annagreth Hebeisen, Monika Heinis, Susanne Huber, Margaretha Leuenberger, Judith Renner und Käthi Wälchli.

Ja zur Teilnahme am Frauenkongress

Unter „Anträge aus den Sektionen“ stellte Judith Renner das Communiqué von Esther Weber, der Präsidentin der SVP Frauen Schweiz zum Boykott des Frauenkongresses zur Diskussion. Aus den



► Grossrätin Bethli Küng, Saanen (BE)

Voten wurde sofort klar: Die SVP-Frauen Kanton Bern waren mit Weber nicht einverstanden. Sie verabschiedeten folgenden Antrag z.Hd. der SVP Frauen Schweiz:

„Die SVP-Frauen Kanton Bern fordern, dass die SVP Frauen Schweiz an der Organisation des Frauenkongresses mitwirken und am Kongress teilnehmen! Die SVP-Frauen Kanton Bern wollen Frauenthemen überparteilich diskutieren und ihre politische Haltung positionieren und vertreten.“ ◀

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



SVP - Foulard:

Das ideale Oster-Geschenk!

..... Expl. Foulard	Stilvoll und diskret für jede Gelegenheit!	Fr. 79.--
..... Expl. Pin	Jetzt endlich erhältlich! (ab 10 Stk./Fr. 4.--)	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--



Originalgrösse 14 x 12 mm

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch



SVP-Frau in den Regierungsrat!

Das schwache politische Engagement der Frauen in unserem Land ist eine Tatsache, die man weder totschweigen noch vernachlässigen darf. Wenn es ein Problem gibt, ist dieses anzupacken. Dabei sollte man ein offenes Ohr für alle Lösungsvorschläge haben. Denn es ist keine Lösung, ein Problem unter den Tisch zu wischen oder auf die lange Bank zu schieben. Das Problem wird man so nicht los.

Die Frauen sind den Männern weder über- noch unterlegen. Beide Geschlechter ergänzen sich. Ihre Art und Weise, mit einem Dossier umzugehen mag verschieden sein, dies hat aber nichts mit einer Wertung zu tun. In der Politik zeigt sich aber ein Problem: Frauen haben oft mehr Mühe als die Männer, sich ins beste Licht zu rücken und die Wählerschaft für sie zu mobilisieren. Dabei haben sie viel zu bieten. Wie zum Beispiel Katharina Thalmann-Balz.

Beeindruckende Karriere

Katharina Thalmann-Balz wurde von der SVP Freiburg für einen Sitz in der Kantonsregierung nominiert. Sie bringt alle Voraussetzungen mit, die Aufgaben einer Staatsrätin zu bewältigen. Ihre bisherige politische Karriere ist beeindruckend: Generalrätin in Murten (1986-2001), Präsidentin des Murten Generalrates (2001), Mitglied der Umweltkommission (1991-1996), Mitglied der Finanzkommission (1998-2001), Mitglied des Verwaltungsrates des Kantonsspitals Freiburg (1996-1999), Mitglied des freiburgischen Verfassungsrates (seit 2000), Gemeinderätin (Exekutive) von Murten (seit 2001), Präsidentin des Gemeindeverbandes für den Zivilschutz der Region Murten (seit 2001).

Was ist der Grund für Ihr politisches Engagement?

Ich habe den aufrichtigen Wunsch, etwas für unsere Gesellschaft zu tun. Jeder ein-



Kurzportrait

Name: Thalmann Katharina / **Geburtsdatum:** 05.03.1957 / **Bürgerort:** Jonschwil (SG) / **Wohnort:** Längmatt 14B, 3280 Murten / **Zivilstand:** verheiratet / **Kinder:** 2 Töchter (18 und 12 Jahre) / **Ausbildung, Beruf:** Primarschule, Sekundarschule, Lehrerinnenseminar in Freiburg / Primarschullehrerin / **Hobbies:** Ski, Musik (Klarinettistin), Garten, Lesen / **Lieblingsbücher:** „Salz auf unserer Haut“ und „Leben will ich“ von B. Grouit

zelle von uns sollte einmal versuchen, diese bereichernde Erfahrung zu machen.

Ist es zu schaffen, grosses politisches Engagement und Privatleben unter einen Hut zu bringen?

In der Tat gibt es eine Trennlinie zwischen diesen beiden Leben. Ich bin mir wohl bewusst, dass das politische Engagement im Privatleben Spuren hinterlässt. Ohne die Unterstützung durch meinen Mann und meine beiden Töchter könnte ich mir meinen Wunsch nach einem verstärkten politischen Engagement nicht erfüllen.

Warum haben Sie die SVP als Ihre Partei ausgesucht?

Ich stamme aus einer Bauernfamilie. Bereits mein Vater war auf Gemeindeebene politisch tätig. Er war parteilos, stand aber der SVP nahe. Ich habe meine Wurzeln in der Schweizerischen Volkspartei.

Welche politischen Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Zum einen die Sicherheit, weil sie die Grundvoraussetzung für die Lebensqualität unserer Bevölkerung sowie für die Zukunft eines Staates ist. Zum anderen die Bildung. Ich stehe voll hinter einer hoch stehenden Ausbildung. Gleichzeitig möchte ich festhalten, dass die Erziehung die Aufgabe der Eltern ist und die Ausbildung jene der Schulen. Gegenwärtig sind die Grenzen zwischen diesen beiden Aufgabenbereichen etwas verwischt, und dies zum Nachteil der Kinder. Finanzen: Zum guten Funktionieren des Kantons müssen die Finanzen auf allen Ebenen saniert werden. Wenn grössere Schwierigkeiten auftauchen, müssen die Ausgaben sofort gebremst werden. Auch eine Überprüfung der Pflichtenhefte der Beamten würde sich in einem solchen Fall aufdrängen. Be-

vor der Staat neue Stellen schafft, sollte systematisch eine Machbarkeitsstudie unternommen werden.

Zur Wahlplattform 2003-2007 der SVP: Bei welchen Themen können Sie sich voll mit der Partei identifizieren können, bei welchen weicht Ihre Meinung ab?

Ich stehe vorbehaltlos hinter der Sicherheits-, Asyl- und Wirtschaftspolitik der SVP. Dagegen bin ich der Meinung, dass eine Mutterschaftsversicherung auf eidgenössischer und nicht auf kantonaler Ebene geschaffen werden sollte.

Was halten sie angesichts der schwachen Präsenz der Frauen in der Welt der Politik von der Einführung eines Frauenquote?

Ich bin gegen die Einführung solcher Quoten. Die Gefahr, dass die Frauen durch solche Kunstgriffe letztendlich benachteiligt werden, ist zu gross. Es könnte dazu führen, dass sich die Frauen zwar zahlreicher in der Politik engagieren, aber weniger aus Gründen der Motivation oder Qualifikation, sondern nur aus dem Pflichtbewusstsein heraus. Tatsache ist heute, dass die Frauen ihre Fähigkeiten mehr unter Beweis stellen müssen als die Männer, was nicht normal ist. Es ist jedoch besser, beharrlich weiter zu machen und sich auf intelligente Weise Gehör zu schaffen, als bei Wahlen auf Quoten zu setzen.

Katharina Thalmann-Bolz, eine SVP Frau, deren Qualifikationen sie für das Amt der Staatsrätin empfehlen und deren Engagement in jedem Fall ein Bravo verdient!

Bericht & Interview:
Gilberte Demont,
Koordinatorin
SVP-Westschweiz



Geldverschwendung im Kanton Bern?

Investitionen von über 110 Mio. Franken bei jährlichen Einsparungen von rund 8 Mio. Franken: Die geplante Bildung von nur noch fünf Verwaltungsregionen ist derart unrentabel und zentrumslastig, dass die SVP auf Konfrontationskurs geht.

Die geplante Zusammenfassung der Bezirksverwaltung in vier oder fünf Verwaltungsregionen ist sehr teuer, bringt nur vernachlässigbare Einsparungen, nimmt dem ländlichen Raum Kompetenzen und attraktive Arbeitsplätze weg und schafft zwischen Bevölkerung und Behörden eine grosse Distanz.

Bern, Thun, Biel und Burgdorf

Gemäss den Plänen sollen in absehbarer Zukunft bestimmte kantonale Dienstleistungen nur noch in Bern (Mittelland), Biel (Seeland/Jura), Thun (Oberland) und Burgdorf (Emmental-Oberaargau) angeboten werden. Im Gegenzug würden die Amtsbezirke aufgehoben und die Regierungsstatthalterämter abgeschafft. Das Modell mit fünf Zentren sieht eine eigene Verwaltung für den Berner Jura vor. Zusätzlich hat der Regierungsrat noch eine Variante ausgearbeitet, nach der die Dienstleistungen ebenfalls zentralisiert, aber 13 Regierungsstatthalter mit verkleinertem Aufgabengebiet weiterhin tätig sein sollen. Die Vorteile dieses Modells sind jedoch derart minim, dass nicht von einer echten Alternative gesprochen werden kann.

Unrentables Projekt

Die Bereitstellung der nötigen Büroräumlichkeiten an den neuen Verwaltungsstandorten

ist mit Investitionen von über 110 Mio. Franken verbunden. Durch die Neuorganisation könnten jährlich jedoch nur rund 8 Mio. Franken eingespart werden. Eine Privatunternehmung würde niemals ein Projekt realisieren, dessen Einsparungen die Anschubinvestitionen erst nach zwölf oder 15 Jahren wettmachen.

Um einen interessanten „return of invest“ zu erhalten, müssten gleichzeitig mit der Projektrealisierung Dienstleistungen und die Anzahl Stellen massiv abgebaut werden. Das lässt sich jedoch nicht so ohne weiteres bewerkstelligen, da der Kanton seine Dienstleistungen in einer flächendeckenden Grundversorgung anzubieten hat. Bei einer Zentralisierung der Bezirksverwaltungen würden die Regionen weit reichende Kompetenzen, die kurzen Entscheidungswege und attraktive Kaderstellen verlieren. Die Nähe zur Bevölkerung und zu den Behörden ginge weitgehend verloren.

Leere Schlösser und Amthäuser

Mit dem Bezug neuer, grosser Verwaltungszentren würden über 20 Schlösser und Amthäuser ihren bisherigen Verwendungszweck verlieren. Da solche denkmalpflegerisch wertvollen Gebäude kaum vermietet oder verkauft werden können, müsste der Kanton die Unterhaltskosten zusätzlich finanzieren.

Kein Wirtschaftswachstum

Das Projekt hat für den Kanton Bern keine strategische Bedeutung. Ein radikaler Umbau der dezentralen Bezirksverwaltung vermöchte keinen substanzialen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft zu leisten, da bei der vorgegebenen Kostenstruktur die Verwaltungsarbeit teurer gemacht würde.

Effizientester Verwaltungsteil

Die Regierungsstatthalter stellen den effizientesten Teil der Kantonsverwaltung dar. Mit wenigen Stellen leisten sie ein grosses Pensum, weil sie sich für ihren Amtsbezirk verantwortlich fühlen. Dank der Volkswahl geniessen die Regierungsstatthalter eine hohe Autorität und Legitimation, was die Akzeptanz von behördlichen Entscheiden erhöht. Sie verfügen gegenüber Reformen auf kommunaler Ebene über Motivations- und Durchsetzungsvermögen. Weiter nehmen sie wichtige Ombuds-, Schlichtungs-, Aufsichts-, Krisenbewältigungs- und Problemlösungsfunktionen wahr, die sonst von einer kantonalen Ombudsstelle wahrgenommen werden müssten.

Stellenabbau in den Regionen

Es wäre fragwürdig, wenn der Kanton im derzeit von Arbeitsplatzverlusten besonders betroffenen ländlichen Raum erhebliche Stellenverlagerungen ohne wirtschaftliche und finanzielle Vorteile in die Zentren vornähme.



Kurzportrait

Der 50-jährige Dieter Widmer ist hauptberuflich Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der BKW Energie AG. Seit 1994 ist er Mitglied des bernischen Grossen Rates. Im Legislaturjahr 02/03 übte er das Amt des Grossratspräsidenten aus. Dieter Widmer ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Töchtern.

Ungleichbehandlung

Im Kanton Bern wird in der nächsten Zeit über den Sonderstatus des Berner Juras diskutiert. Es kann nicht angehen, dass einer Region sprachlich bedingt grössere Selbstbestimmungsrechte eingeräumt werden und gleichzeitig den andern (deutschsprachigen) Regionen praktisch sämtliche Kompetenzen weggenommen werden. Die SVP lehnt Reformen nicht prinzipiell ab. Sie unterstützt Reorganisationen, wenn sie den Kanton wirtschaftlich und finanziell stärken. Der radikale Umbau der dezentralen Bezirksverwaltung ist aus dieser Perspektive betrachtet kein geeignetes Vorhaben. Von Befürworterseite wird immer wieder gesagt, der Kanton Bern müsse jetzt endlich neu organisiert und modern strukturiert werden. Die SVP kann sich dieser Ansicht nicht anschliessen, weil bei diesem Reformprojekt der finanzielle und politische Preis zu hoch ist und die Einsparmöglichkeiten zu tief sind. Sollte das Projekt in der Aprilsession befürwortet werden, müsste der Vorwurf der Geldverschwendung erhoben werden.

Funke wird zur mächtigen Flamme

Bei einem einfachen Spaghettiplausch hat die SVP Sarganserland am Freitag in Mels ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert. Dabei konnte die noch junge Partei auf Erfolge zurückblicken, die 1994 bei der Gründung niemand vorauszusagen gewagt hätte.

«Zehn Jahre SVP Sarganserland – das heisst auch zehn Jahre Arbeit und Kampf und als Lohn der Arbeit einen Riesenerfolg!» Mit dieser Zusammenfassung eröffnete SVP-Kreispräsidentin Elisabeth Schnider (Wangs) ihre Festrede.

nat-Kappel) die SVP Sarganserland, die er als Musterpartei bezeichnete. Sie hebe sich von andern Kreisparteien ab durch die besondere Motivation und Leidenschaft der Mitglieder. Dies habe dazu geführt, «dass aus einem winzigen Funken eine mächtige Flamme ent-



► Sind mit Partei und Jubiläumsverpflegung zufrieden (v.l.n.r.): Nationalrat Toni Brunner, Elisabeth Schnider und Emil Schumacher

Sie sprach damit den Wähleranteil der SVP im Sarganserland bei den Nationalratswahlen im Herbst von fast 41 Prozent an. Es gebe noch weiteres verstecktes Potenzial, stellte sie mit Blick auf den ihrer Meinung nach zu geringen Anteil von SVP-Frauen in öffentlichen Ämtern fest – und dies, obwohl den Ortsparteien viele weibliche Mitglieder angehörten. Sie rief die Frauen auf, sich vermehrt für Ämter zur Verfügung zu stellen.

«Wenn überall so gearbeitet würde wie im Sarganserland, wären wir noch weiter», lobte Nationalrat und Kantonalpräsident Toni Brunner (Eb-

standen ist». 1993 hätten drei Mitglieder aus dem Sarganserland der Kantonalpartei angehört. Heute sei die SVP Sarganserland im Kanton die mitgliederstärkste Kreispartei mit den höchsten Prozentanteilen bei den Wahlen.

Auch Kantonsrat und SVP-Fraktionspräsident Markus Straub (St. Gallen) sparte nicht mit Lob. Die vierköpfige Sarganserländer SVP-Kantonsratsdelegation leiste effiziente und stark wahrnehmbare Arbeit für Kanton und Region.

Die SVP-Fraktion habe sich in den letzten vier Jahren konse-

In zehn Jahren 500 Mitglieder gewonnen!

Nach der Gründung der Kantonalpartei war Ende 1993 in den Zeitungen zu lesen, dass CVP, FDP und Autopartei «der Entwicklung der SVP gelassen entgegen sehen». Die CVP hielt ein Eindringen in Bauernkreise als unmöglich, die FDP glaubte, die SVP könne sich nicht etablieren, weil «FDP und CVP eine bürgerliche Politik» betrieben, und die Autopartei (AP) sah in der SVP schlicht «keine Konkurrenz» - doch 1998 traten alle verbliebenen AP-Kantonsräte zur SVP über.

Gegründet worden war die SVP Sarganserland als vierte Regionalpartei im Kanton am 21. Februar 1994. Etwa ein Drittel der damaligen Mitglieder waren Bauern. Stark vertreten waren auch Gewerbetreibende sowie Leute, die mit der Politik der andern Parteien nicht zufrieden waren.

Hauptziel der Regionalpartei war die Gründung von Ortsparteien. Als erste im Kanton entstand am 24. Juni 1994 die Ortspartei Sargans, im gleichen Jahr auch noch jene in Flums, Walenstadt und Mels. 1996 wurde die Ortspartei Vilters-Wangs, 1998 Quarten-Nebensee und 1999 Taminatal und Bad Ragaz gegründet. Mit der jährlichen Pizoltagung wurde versucht, den Mitgliedern interessante Themen und Referenten zu bieten. Mehrmals waren SVP-Präsident Ueli Maurer und weitere nationale Parlamentarier dabei.

Nicht nur die Mitgliederzahlen nahmen stetig zu – heute sind es 500 -, auch bei Wahlen stellten sich Erfolge ein. 1996 kamen die ersten Sarganserländer SVP-Mitglieder in den Kantonsrat und in Gemeinderäte. Vier Jahre später wurde Elmar Bigger erster SVP-Nationalrat aus dem Sarganserland. 2000 wurde Vinzens John in Flums erster SVP-Gemeindepräsident im Kanton. Emil Schumacher übergab das Präsidium der Regionalpartei 1999 Elisabeth Schnider.

quent für weniger Steuern, Gebühren und Staatsausgaben, die Bekämpfung der Kriminalität und gegen den Asylmissbrauch eingesetzt, fuhr Straub fort.

Allein auf weiter Flur

Einiges sei verbessert worden, doch: «Wir hätten noch mehr erreicht, würden CVP und FDP nicht immer mit der SP zusammenspannen». Selbst bei «urbürgerlichen Anliegen»

wie weniger Staatsausgaben und Steuersenkungen stehe die SVP allein da. In einem Referat blickte Emil Schumacher (Flums) als erster Präsident der SVP Sarganserland auf die vergangenen zehn Jahre zurück. Abgeschlossen wurde der Anlass mit einem Auftritt des parteieigenen «Dichters» Eugen Häusler (Bad Ragaz), der der Partei in Gedichtform einen ebenso witzigen wie kritischen Spiegel vorhielt.

Leo Coray,
SVP Sarganserland

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Die Erwartungen an die stärkste politische Kraft in unserem Land sind noch einmal gestiegen: **Wichtige Volksabstimmungen, die SVP-Prämiensenkungsinitiative, parlamentarische Vorstösse und pointierte Stellungnahmen** - auch in diesem Jahr ist die SVP in vielen Bereichen gefordert und muss grosse Anstrengungen unternehmen, um ihre politischen Ziele erreichen zu können. Es ist unsere Aufgabe, alles daran zu setzen, die berechtigten Erwartungen des Volkes zu erfüllen und das Programm der SVP erfolgreich durchzusetzen.

Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist **die Grundlage**, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten.

Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung ist mit hohen Kosten verbunden. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag **vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja** eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch immer möglich, die SVP-Parteizeitung mit einem **Inserat** zu unterstützen. Die aktuellen Inseratpreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com



Jetzt unterschreiben!
www.svp.ch

Zeichen setzen!

Nach der gescheiterten KVG-Revision ist es wichtiger als je zuvor, mit griffigen Massnahmen dem falschen Kurs der Gesundheitspolitik entgegen zu treten. Mit der Prämiensenkungsinitiative der SVP kann ein klares Zeichen für mehr Eigenverantwortung gesetzt werden. Ihre Unterschrift zählt, damit der Druck für kurzfristige Massnahmen in der Gesundheitspolitik aufgebaut werden kann.

Die Gefahr ist gross, dass sich die Politik erneut vor dringenden nötigen Korrekturen drückt und bis im Herbst wartet, wenn die Krankenkassen höhere Prämien ankünden. Dieses Verhalten wäre falsch, denn die Bevölkerung hat den Anspruch, dass das Traktandum „Gesundheitspolitik“ aktuell und prioritär behandelt wird. Die Prämiensenkungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei zielt genau und konkret auf mehr Eigenverantwortung und sinkende Prämienlast ab – vor allem für junge Familien, Senioren und den Mittelstand.

Dass im Rummel um die vergangenen Bundesratswahlen das klägliche Scheitern nötiger Reformen im Gesundheitswesen, etwas untergegangen ist, ist nicht schlimm. Beängstigend ist jedoch die Gefahr, dass jetzt durch linke Verzögerungspolitik die gesundheitspolitische Diskussion auf die lange Bank geschoben wird. Der zuständige Bundesrat, Innenminister Couchepin, hat wohl sehr schnell reagiert und seine Vorschläge präsentiert. Gefordert sind jetzt aber alle Beteiligten im Gesundheitswesen, um der anhaltenden Fehlentwicklung mit griffigen Massnahmen entgegen zu wirken.

Mehr Eigenverantwortung

Das Bekenntnis zu mehr Eigenverantwortung wurde bereits von verschiedensten Seiten abgegeben; das Erstaunliche daran ist aber, dass sich – wenn es um die „Wurst“

geht – verschiedenste Exponenten unter dem Aspekt des Persönlichkeitsschutzes aus der Verantwortung stehlen. Tatsache ist: es gibt Missbrauch, es gibt eine unzumutbare Kostenentwicklung und eine unübersehbare Ausweitung der Leistungen. Eine höhere Eigenverantwortung kann aber nicht durch schönfärberische Worte erreicht werden, sondern muss vielmehr vorgelebt und mit gezielten Anreizen gefördert werden.

Gegen Missbräuche

Der für viele in diesem Land normale gesellschaftliche Prozess der Selbstkontrolle findet kaum mehr statt; zuviel wurde in der Vergangenheit dem Staat übertragen. Auch das kritisieren von Missbräuchen und Fehlverhalten in der Gesellschaft findet viel zu wenig statt. Es ist doch – leider – sicherer Weg zu schauen, als einzugreifen und sich zu exponieren! Wer sich ehrlich gegen Missbräuche und Vergehen wehrt und diese beim Namen nennt, sollte gestützt und estimiert werden.

Auch in Zukunft ein gutes Gesundheitssystem!

Die stetig steigenden Krankenkassenprämien und die generell abnehmende Eigenverantwortung der Beteiligten im Gesundheitswesen beschäftigt die Menschen in die

sem Land intensiv und ist eine kaum mehr tragbare Belastung nicht nur für Familien und Senioren, sondern generell für den Mittelstand geworden. Das Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren durch unnötige staatliche Eingriffe zu einem der grössten Sorgenkinder der Schweiz geworden!

Das heute gültige Krankenversicherungsgesetz KVG ist seit 1996 in Kraft. Die Versprechungen des Bundesrates und der befürwortenden Parteien können heute als falsch und irreführend bezeichnet werden. Die Kostenentwicklung einzig auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Bevölkerung älter wird und mehr Menschen in der Schweiz leben, ist zu einfach und lenkt von der falschen – sozialistisch geprägten – Gesundheitspolitik ab. Betrug die monatliche Krankenversicherungsprämie für eine erwachsene Person 1996 im Durchschnitt noch 166 Franken, so muss die gleiche Versichertengruppe heute 269 Franken auf den Tisch blättern. Im Widerspruch zu den damaligen Versprechungen hat also die Krankenversicherungsprämie im Schnitt jährlich um sage und schreibe 7,1% zugenommen. In einigen Kantonen fiel die Steigerung noch stärker aus! Das bedeutet – wenn es so weitergehen würde – dass im Jahre 2010 die durchschnittliche Krankenversicherungsprämie für die Grundversicherung fast 450 Franken pro Monat betragen würde – weit über 5'000 Franken pro Jahr!



► Nationalrat Jürg Stahl, Winterthur (ZH)

Es ist jetzt vielen klar: Die Gesundheitspolitik hat versagt, es braucht die Prämiensenkungsinitiative der SVP! Nur so kann dem Mittelstand, den Familien und Senioren in unserem Land, aber auch der öffentlichen Hand mittel- und langfristig ein finanzierbares und qualitativ gutes Gesundheitswesen garantiert werden.

- 1.** eine solide und leistungsfähige Grundversicherung mit tieferen Prämien
- 2.** ein transparentes Gesundheitswesen mit einfachen Strukturen und weniger Bürokratie
- 3.** ein neues „Gesundheitswerk“, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger wieder identifizieren können

Die Initiative vereinigt diejenigen Elemente, welche positive Anreize für alle Beteiligten im Gesundheitswesen setzt.

Haben Sie schon unterschrieben? Ihre Freunde und Nachbarn auch? ◀